

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 31. Sitzung (18. TA)

des Ausschusses für

Stadtentwicklung, Bauen und Planen

am Montag, 22.01.2018, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 5. OG,
Sitzungsraum Rhein (5.06)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

CDU

Ursula Behrendt

Ina Biermann-Tannenberger

Paul Hebbel

Bernhard Miesen

Rainer Schiefer

Frank Schönberger

SPD

Michael Hüther

Peter Ippolito

Martin Krampf

Iris Springer

Sven Tahiri

Vorsitzender

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roswitha Arnold

Zöhre Demirci

in Vertretung für Klaus Wolf

BÜRGERLISTE

Karl Schweiger

OP

Michael Neuendorf

FDP

Uwe Bartels

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Mahmoud Taghavi

Es fehlen entschuldigt:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klaus Wolf

PRO NRW

Jürgen Clouth

DIE LINKE

Ludwig Keil

Soziale Gerechtigkeit

Uwe Bastian

Anwesend:

Verwaltung:

Andrea Deppe	Beigeordnete für Planen und Bauen
Sabine Heymann	Büro Baudezernat (60)
Stefan Karl	Stadtplanung (61)
Oliver Ahrendt	Stadtplanung (61)
Frank Hennecke	Stadtplanung (61)
Alfred Görlich	Bauaufsicht (63)
Jürgen Kursawe	Gebäudewirtschaft (65)
Reinhard Schmitz	Tiefbau (66)
Lothar Schmitz	Stadtgrün (67)
Christian Syring	Dez. V (Stabsstelle Mobilität)
Jörg Gansäuer	Feuerwehr (37)

vom Fachbereich Rechnungsprüfung und Beratung:

Gerhard Odenthal

Schriftführung:

Stefanie Krüger-Witte	Büro Baudezernat (60)
-----------------------	-----------------------

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>		<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung	5
2	Niederschriften	5
3	Fußgänger- und Radfahrbrücke über den Rhein - Antrag der Gruppe FDP vom 21.09.17 - Neudruck - Nr.: 2017/1887	5
4	Erstellung eines externen Notfallplanes vor Öffnung der Altlast Dhünnaue - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 07.12.17 - m. Stellungnahme u. Schreiben v. 15.12.17 - Neudruck - Nr.: 2017/2026	6
5	Gefahrguttransporte durch den kurzen Tunnel im Bereich der heutigen Stelze der A 1 - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 27.12.17 - Nr.: 2017/2040	6
6	Bebauungsplan Nr. 87 b/I "Stromstraße" - 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss zur Änderung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes (beschleunigtes Verfahren) - Nr.: 2017/1848	7
7	Vorhaben "Hitdorf - Am Werth/Hitdorfer Kirchweg" in Leverkusen-Hitdorf Einleitungsbeschluss/neue Priorität zum Bebauungsplanverfahren	8
7.1	Änderungsantrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 18.01.18 zur Vorlage Nr. 2017/1662/1 - Nr.: 2018/2082	8
7.2	Verwaltungsvorlage - Nr.: 2017/1662/1	9
8	Bebauungsplan Nr. 236/I "Wiesdorf - Grundschulen Dönhoffstraße" - Nr.: 2017/1940	10
9	Olof-Palme-Straße	11
9.1	12. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Bürrig - südlich Olof-Palme-Straße" - Beschluss über Äußerungen während der frühzeitigen Beteiligung - Beschluss über Stellungnahmen während der öffentlichen Auslegung - Feststellungsbeschluss - Nr.: 2017/2028	11
9.2	Bebauungsplan Nr. 225/II "Bürrig - südlich Olof-Palme-Straße/Europaring" - Abwägungsbeschluss - Satzungsbeschluss - Nr.: 2017/2029	11
10	15. Änderung des Flächennutzungsplanes, Bereich „Bohofsweg" - Aufstellungsbeschluss - Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange - Nr.: 2017/2038	11

11	16. Änderung Flächennutzungsplans, Bereich „Lichtenburg - Ost" - Aufstellungsbeschluss - Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange - Nr.: 2017/2039	13
12	Montanus-Realschule - Schaffung einer Dependance im Schulgebäude der Heinrich-Lübke-Straße - Nr.: 2017/2037	14
13	Schwellenloser Zugang zu Radwegen in der Stadt - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 05.01.18 - Nr.: 2017/2041	14
14	Erweiterung der Nachtbuslinien der wupsi - Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.18 - Nr.: 2018/2070	15
15	Wiesdorf- Entwicklung des Postgeländes Heinrich-von-Stephan-Straße - Nr.: 2017/2053	15
16	Bebauung des Bereichs "Zur Alten Fabrik/Stauffenbergstraße" - Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.18 - Nr.: 2018/2083	16
17	Sanierungs- und Instandhaltungskonzept Schultoiletten - Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.18 - Nr.: 2018/2087	16
	Bericht der Dezernentin	17
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 11/2017)	19

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rh. Ippolito (SPD), eröffnet die 31. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Tischantrag der SPD-Fraktion vom 18.01.18, Antrag Nr. 2018/2087, Sanierungs- und Instandhaltungskonzept Schultoiletten, wird auf Vorschlag des Vorsitzenden als TOP 17 auf die Tagesordnung aufgenommen.

Rh. Ippolito (SPD) erläutert den Wunsch der Verwaltung, die Anwesenheitsliste künftig - wie auch in anderen Ausschüssen - zentral auszulegen und bittet, dass sich die Ausschussmitglieder und die Vertreter der Verwaltung dann beim Betreten des Sitzungsraumes selbstständig dort eintragen.

2 Niederschriften

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift über die 29. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 20.11.2017 sowie die Niederschrift über die 30. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen gemeinsam mit der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II vom 04.12.2017 zur Kenntnis.

3 Fußgänger- und Radfahrbrücke über den Rhein - Antrag der Gruppe FDP vom 21.09.17 - Neudruck - Nr.: 2017/1887

Herr Bartels (FDP) erläutert den Antrag seiner Gruppe.

Grundsätzlich begrüßen die Ausschussmitglieder eine derartige Brücke, sprechen sich jedoch in der anschließenden Diskussion mehrheitlich aus Kostengründen gegen den Antrag aus.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 2 (1 OP, 1 FDP)

dagegen: 14 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE)

- 4 Erstellung eines externen Notfallplanes vor Öffnung der Altlast Dhünnaue
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 07.12.17
- m. Stellungnahme u. Schreiben v. 15.12.17
- Neudruck
- Nr.: 2017/2026

Rh. Ippolito (SPD) verweist einleitend auf die umfangreiche Stellungnahme der Verwaltung.

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) erläutert den Antrag seiner Fraktion und bittet um Mitteilung, wann die angekündigten Flyer zur Öffnung der Altlast Dhünnaue verteilt werden. Frau Beigeordnete Deppe erläutert, dass die gemeinsam durch die Stadt Leverkusen sowie Straßen.NRW erstellten Flyer zurzeit durch Straßen.NRW gedruckt und in den nächsten Tagen verteilt werden.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (BÜRGERLISTE)

dagegen: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP)

- 5 Gefahrguttransporte durch den kurzen Tunnel im Bereich der heutigen Stelze der A 1
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 27.12.17
- Nr.: 2017/2040

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Herr Bartels (FDP) bittet um Erläuterung, wie es zu den unterschiedlichen Annahmen bezüglich der Verkehrsströme und der Gefahrguttransporte in den Gutachten von Straßen.NRW bzw. dem durch die Stadt Leverkusen in Auftrag gegebenen Gutachten kommen kann.

Frau Beigeordnete Deppe erläutert, dass die beiden Gutachten tatsächlich von unterschiedlichen Zahlen in Bezug auf den prozentualen Anteil der Gefahrguttransporter an der Gesamtverkehrsmenge ausgehen. Frau Beigeordnete Deppe stellt dar, dass der städtische Gutachter hierzu ausgeführt hat, dass bei der Richtlinie, an deren Erstellung der Gutachter selbst beteiligt war, die Anzahl der Gefahrguttransporter in der Obergrenze bereits so dimensioniert worden ist, dass sie die besondere Situation von Leverkusen mit dem Chempark und den übrigen Unternehmen mit Gefahrguttransportern auch in Gänze berücksichtigt. Straßen.NRW hat hier jedoch noch einmal den Faktor der Richtlinie erhöht. Dies entspricht nach den Einschätzungen des städtischen Gutachters so nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (BÜRGERLISTE)

dagegen: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP)

- 6 Bebauungsplan Nr. 87 b/l "Stromstraße" - 1. Änderung
- Aufstellungsbeschluss zur Änderung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes (beschleunigtes Verfahren)
- Nr.: 2017/1848

Rf. Behrendt (CDU) bittet um allgemeine Erläuterungen zum Projekt.

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) lehnt den Bebauungsplan ab, solange nicht abschließende PCB-Untersuchungen im Gebäude stattgefunden haben.

Frau Beigeordnete Deppe verweist auf die ausführliche Projektdarstellung in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I. Sie macht deutlich, dass zurzeit in dem Gebäude in der Stromstraße sowohl die Altlastenproblematik bzw. die Sanierungsmöglichkeiten und auch die durch die Architektin des Projektträgers angegebenen Kosten untersucht bzw. bewertet werden. Ergebnisse hierzu liegen noch nicht vor. Frau Beigeordnete Deppe stellt dar, dass für dieses Projekt eine Änderung des bestehenden Bebauungsplanes notwendig ist. Sie erläutert, dass selbst bei beschleunigten Verfahren eine Bebauungsplanänderung bis zu einem Jahr dauern kann und daher eine parallele Vorgehensweise erforderlich ist, um den Förderrichtlinien für das InHK Hitdorf zu entsprechen. Abschließend weist Frau Beigeordnete Deppe darauf hin, dass die Politik umgehend informiert wird, sollte sich durch die zurzeit durchgeführten Untersuchungen ergeben, dass das Projekt nicht weiterverfolgt wird und das Bebauungsplanverfahren so nicht zu Ende geführt werden muss.

Beschluss:

1. Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 87 b/I "Stromstraße" wird im Teilbereich der Stromstraße gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB geändert. Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Hitdorf und beinhaltet in der Flur 11 das Flurstück Nr. 10. Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereiches ist der Planzeichnung (Anlage 1 der Vorlage) zu entnehmen.
2. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 87b/I „Stromstraße“ – 1. Änderung.
3. Die Öffentlichkeit ist frühzeitig an der Planung zu beteiligen. Hierzu wird das Bauungskonzept vier Wochen öffentlich ausgehängt.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I.

dafür: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP)
dagegen: 1 (BÜRGERLISTE)

7 Vorhaben "Hitdorf - Am Werth/Hitdorfer Kirchweg" in Leverkusen-Hitdorf
Einleitungsbeschluss/neue Priorität zum Bebauungsplanverfahren

7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 18.01.18 zur Vorlage Nr.
2017/1662/1
- Nr.: 2018/2082

Die Ausschussmitglieder sprechen sich mehrheitlich für eine Erweiterung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes zum Schutz der Grünflächen, des Baumbestands und der Villa sowie für die Festschreibung des Fußweges aus. Frau Beigeordnete Deppe gibt hier zu bedenken, dass das Bebauungsplanverfahren durch den größeren Umriss auch erheblich kostenintensiver wird.

Herr Bartels (FDP) stellt den Antrag auf Einzelabstimmung der Punkte des Änderungsantrags der Fraktion BÜRGERLISTE.

Rh. Ippolito (SPD) lässt den Ausschuss wie folgt abstimmen:

Punkt 1: „Es wird beantragt, die Erweiterung der Geltungsgrenzen auf das ganze Flurstück 405 Am Werth 2 mit ca. 6.000 m² mit der Bebauung von 4 Doppelhaushälften festzusetzen.“

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag zu Punkt 1

dafür: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGER-
LISTE, 1 OP)

dagegen: 1 (FDP)

Punkt 2: „Es wird beantragt, die Einrichtung eines Fußweges vor den geplanten Doppelhaushälften festzuschreiben.“

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag zu Punkt 2

- einstimmig -

Punkt 3: „Es wird beantragt, den Schutz der verbleibenden Parkanlage und des Baumbestandes zu gewährleisten und den Geltungsbereich des Bebauungsplanes entsprechend zu vergrößern und damit die Grünfläche zu sichern.“

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag zu Punkt 3

dafür: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGER-
LISTE, 1 OP)

dagegen: 1 (FDP)

7.2 Verwaltungsvorlage - Nr.: 2017/1662/1

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage mit vorgenannten Änderungen aus dem Änderungsantrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 18.01.2018, Antrag Nr. 2017/2082

- einstimmig -

8 Bebauungsplan Nr. 236/I "Wiesdorf - Grundschulen Dönhoffstraße"
- Nr.: 2017/1940

Rh. Paul Hebbel (CDU) führt aus, dass sich gemäß dem aktuellen Sondierungspapier zwischen CDU/CSU und SPD bei der Regierungsbildung im Bund - abseits der alleinigen Zuständigkeit der Länder – künftig Bund und Länder gemeinsam um die Schulen kümmern und hier auch entsprechende Finanzmittel bereitstellen werden. Rh. Paul Hebbel (CDU) gibt zu Protokoll, dass die Verwaltung hier mögliche Förderprogramme rechtzeitig sondieren und entsprechende Anträge bereits schon jetzt vorbereiten sollte, um alle Förderungen für die Leverkusener Schulen auszuschöpfen.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Für das im Folgenden näher bezeichnete Gebiet wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen.
2. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 236/I "Wiesdorf - Grundschulen Dönhoffstraße".
3. Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Wiesdorf und beinhaltet in Flur 11 die Flurstücke 242 und 266. Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereiches ist der Planzeichnung (Anlage 1 der Vorlage) zu entnehmen.
4. Dem Vorentwurf zum Bebauungsplan Nr. 236/I "Wiesdorf - Grundschulen Dönhoffstraße" wird in der vorliegenden Fassung (Anlagen 3 und 4 der Vorlage) zugestimmt.
5. Die Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 1 BauGB frühzeitig an der Planung zu beteiligen. Der Bebauungsplanvorentwurf mit Begründung wird hierzu vier Wochen öffentlich ausgehängt.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I.

- einstimmig -

9 Olof-Palme-Straße

- 9.1 12. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Bürrig - südlich Olof-Palme-Straße"
- Beschluss über Äußerungen während der frühzeitigen Beteiligung
 - Beschluss über Stellungnahmen während der öffentlichen Auslegung
 - Feststellungsbeschluss
 - Nr.: 2017/2028

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 9.2 Bebauungsplan Nr. 225/II "Bürrig - südlich Olof-Palme-Straße/Europaring"
- Abwägungsbeschluss
 - Satzungsbeschluss
 - Nr.: 2017/2029

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 10 15. Änderung des Flächennutzungsplanes, Bereich „Bohofsweg“
- Aufstellungsbeschluss
 - Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange
 - Nr.: 2017/2038

Rh. Schönberger (CDU) beantragt die gemeinsame Diskussion der Tagesordnungspunkte 10 und 11.

Rh. Paul Hebbel (CDU) bittet um Beantwortung der folgenden Fragen:
Durch die beiden Vorlagen kommt es zu einem Flächentausch von 2,2 ha gegen 2,3 ha – welche Fläche wird für die Kita benötigt und welche Fläche für die Wohnbebauung? Welche Art der Bebauung und der baulichen Nut-

zung ist hier vorgesehen? In Steinbüchel wäre aufgrund der Vielzahl des Geschosswohnungsbaus seiner Ansicht nach die Qualität der Bebauung besonders zu betrachten.

Hierzu erläutert Herr Ahrendt (61), dass der Flächenbedarf für die Kita zurzeit noch genauer untersucht wird. Entscheidend ist, ob die Kita hier mehr in der Fläche angelegt oder in Geschossweise errichtet wird. Auch für die Wohnbebauung liegen der Verwaltung drei Entwürfe vor, die sich zurzeit noch in der fachbereichsinternen Abstimmung befinden. Das Gelände ist aufgrund der Hanglage in Bezug auf die Entwässerung problematisch. Sobald Ergebnisse zu Kita und Wohnbebauung vorliegen, werden diese im Ausschuss präsentiert.

Rh. Paul Hebbel (CDU) bittet um Ausführungen bezüglich des Planungsverlustes für die Grundstückseigentümer, die jetzt Flächen für die Landschaftsplanung erhalten und zuvor ausgewiesene Wohnbaufläche besaßen. Führt dies zu Ausgleichsansprüchen? Dieser Frage schließt sich Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) an.

Frau Beigeordnete Deppe führt hierzu aus, dass durch den FNP als vorbereitender Plan keine Baurechte entstehen und somit auch keine Ausgleichsansprüche. Die Verwaltung führt mit diesem Flächentausch einen Beschluss des Rates aus, wonach bei einer Flächenänderung im FNP von Grünfläche in bebaute Fläche an anderer Stelle diese Flächen als Bauflächen herausgenommen werden müssen.

Herr Bartels (FDP) ergänzt, dass in 2014 im Bereich Lichtenburg Baurecht für 34 Reihenhäuser geschaffen wurde, jedoch bislang nicht ein einziger Spatenstich erfolgt sei, so dass davon ausgegangen werden kann, dass Wohnbauflächen hier nicht nachgefragt sind.

Rh. Paul Hebbel (CDU) erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Landschaftsplanes, da auch hier einige Punkte im Landschaftsplan verändert werden. Frau Beigeordnete Deppe stellt dar, dass der Landschaftsplan wegen anderer Themen verschoben wurde. Dieser wird nunmehr an die Regionalplanung getaktet weiter bearbeitet. Zurzeit wartet die Verwaltung in diesem Zusammenhang auf erste Ergebnisse zur Umweltplanung der Bezirksregierung.

Herr Hüther (SPD) erkundigt sich, ob die Kaltluftschneisenproblematik, die im nachfolgenden Verfahren untersucht werden soll, dann im Bebauungsplanverfahren betrachtet wird. Dies wird durch die Verwaltung bejaht.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

1. Der Flächennutzungsplan wird in dem Teilbereich „Bohofsweg“ geändert. Die genaue Abgrenzung ist der Planzeichnung (Anlage 2 der Vorlage) zu

entnehmen. Die Aufstellung erfolgt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).

2. Dem Vorentwurf der 15. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich „Bohofsweg“ einschließlich Begründung mit Umweltbericht gemäß §§ 2 Abs. 4 und 2a BauGB wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1 und 2 der Vorlage) zugestimmt.
3. Die Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 1 BauGB frühzeitig an der Planung zu beteiligen. Der Vorentwurf der 15. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich „Bohofsweg“ wird für die Dauer von 4 Wochen öffentlich ausgehängt.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III.

- einstimmig -

- 11 16. Änderung Flächennutzungsplans, Bereich „Lichtenburg - Ost“
- Aufstellungsbeschluss
- Beschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange
- Nr.: 2017/2039

Die Tagesordnungspunkte 10 und 11 werden auf Antrag von Rh. Schönberger (CDU) gemeinsam diskutiert.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

1. Der Flächennutzungsplan wird in dem Teilbereich „Lichtenburg - Ost“ geändert. Die genaue Abgrenzung ist der Planzeichnung (Anlage 2 der Vorlage) zu entnehmen. Die Aufstellung erfolgt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).
2. Dem Vorentwurf der 16. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich „Lichtenburg - Ost“ einschließlich Begründung mit Umweltbericht gemäß §§ 2 Abs. 4 und 2a BauGB wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1 und 2 der Vorlage) zugestimmt.
3. Die Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 1 BauGB frühzeitig an der Planung zu beteiligen. Der Vorentwurf der 16. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich „Lichtenburg - Ost“ wird für die Dauer von 4 Wochen öffentlich ausgehängt.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III.

dafür: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP)
dagegen: 1 (BÜRGERLISTE)

- 12 Montanus-Realschule - Schaffung einer Dependance im Schulgebäude der Heinrich-Lübke-Straße
- Nr.: 2017/2037

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht sich gegen die Dependance aus, da sich auch Lehrer- und Elternvertreter gegen diese Einrichtung ausgesprochen haben. Zudem ist Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) der Auffassung, dass diese Diskussion in den Schulausschuss gehört.

Rh. Schönberger (CDU) führt hierzu den Beschluss der Schulkonferenz an sowie die fachlichen Gründe, die für die Dependance sprechen.

Rf. Springer (SPD) erläutert, dass aufgrund der räumlichen Nähe zwischen Hauptgebäude der Schule und der Dependance sowie der Auslagerung von zwei kompletten Jahrgängen inklusive der Lehrer hier keine Probleme durch die Einrichtung der Dependance zu erwarten sind.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 14 (6 CDU, 5 SPD, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 FDP)
dagegen: 2 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- 13 Schwellenloser Zugang zu Radwegen in der Stadt
- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 05.01.18
- Nr.: 2017/2041

Herr Neuendorf (OP) erläutert den Antrag seiner Fraktion. Aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung zieht Herrn Neuendorf (OP) den Antrag seiner Fraktion unter der Voraussetzung zurück, dass die Verwaltung in den Bereichen, in denen es unter Berücksichtigung der Wahrung der Belange aller Nutzergruppen möglich ist, auf die entsprechenden Aufkantungen verzichtet und bei Sanierungen oder Neuplanungen entsprechend mögliche fahrradfreundliche Absenkungen errichtet werden.

Dies wird durch die Verwaltung zugesagt. Der Antrag wird daraufhin zurückgezogen.

- 14 Erweiterung der Nachtbuslinien der wupsi
- Antrag der CDU-Fraktion vom 08.01.18
- Nr.: 2018/2070

Herr Schmitz (66) stellt dar, dass die wupsi GmbH zurzeit ein umfassendes Gesamtoptimierungskonzept zu sämtlichen vorliegenden Mängelanzeigen und Anregungen aus der Politik, der Verwaltung und der Bürgerschaft zu Taktfrequenzen, Erweiterungen von Buslinien etc. erstellt. Dieses Konzept, dessen Ergebnisse für den Herbst 2018 erwartet werden, soll einen Baustein des Mobilitätskonzeptes darstellen. Herr Schmitz (66) empfiehlt daher, die Erweiterung der Nachtbuslinien, deren Umsetzung sich nach Schätzungen auf ca. 50.000 € jährliche Kosten beläuft, als Prüfauftrag in dieses Konzept zu vertagen.

Rh. Ippolito (SPD) fasst die Diskussion im Ausschuss zusammen. Grundsätzlich ist nach seiner Ansicht eine Erweiterung der Nachtbuslinien begrüßenswert und entspricht auch den Anforderungen an das geänderte Nutzungsverhalten.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vertagung als Prüfauftrag in das Konzept der wupsi GmbH abstimmen:

- einstimmig -

- 15 Wiesdorf- Entwicklung des Postgeländes Heinrich-von-Stephan-Straße
- Nr.: 2017/2053

Frau Biermann-Tannenberger (CDU) gibt die in der Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügte Erklärung zu Protokoll.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich in einer eingehenden Diskussion insgesamt für das Projekt und die gute Entwicklung für den neuen Eingangsbereich der City aus.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 16 Bebauung des Bereichs "Zur Alten Fabrik/Stauffenbergstraße"
- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.18
- Nr.: 2018/2083

Rh. Schönberger (CDU) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Rh. Tahiri (SPD) bittet um Erläuterung, ob die Nutzung der Tiefgaragen durch die späteren Mieter zwangsweise von dem Investor gefordert werden kann, da häufig den Mietern die Anmietung einer Tiefgarage zu teuer ist. Frau Beigeordnete Deppe erläutert, dass durch die Verwaltung nur die Zuordnung eines Tiefgaragenplatzes zu der jeweiligen Wohneinheit im Rahmen der Baugenehmigung geprüft wird. Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sieht eine Umsetzung eines Nutzungszwangs nur in der Reduzierung der öffentlichen Parkflächen mit entsprechender Verhinderung des wilden Parkens in den Wohngebieten durch regelmäßige Kontrollen durch den Fachbereich Bürger und Straßenverkehr.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt eine Vertagung in den Rat, da noch Beratungsbedarf in ihrer Fraktion besteht.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Vertagungsantrag in den Rat abstimmen:

- einstimmig -

- 17 Sanierungs- und Instandhaltungskonzept Schultoiletten
- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.18
- Nr.: 2018/2087

Rh. Tahiri (SPD) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Rh. Paul Hebbel (CDU) bittet um Darstellung des Arbeitsprogramms des Fachbereichs Gebäudewirtschaft in Bezug auf die Toilettenanlagen in Schulen.

Herr Kursawe (65) erläutert, dass es kein systematisches Sanierungsprogramm für Toilettenanlagen an Schulen gibt. Wenn Schulen saniert werden, werden auch die Toilettenräume erneuert. Auch im Rahmen der vorbeugenden Bauunterhaltung werden viele Anlagen auf Stand gebracht. Bedarfe werden durch die regelmäßigen Begehungen durch die Kollegen des FB 65 oder durch die Schulen gemeldet. Häufig ist jedoch das Nutzerverhalten Grund für die Beanstandungen.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig -

Bericht der Dezernentin

Frau Beigeordnete Deppe informiert den Ausschuss über folgende Projekte:

- Ausschreibung zum Dach ZOB Wiesdorf -

Bei der Submission zur Ausschreibung des ZOB Wiesdorf (Dachgründung, Stahlkonstruktion und Membran des Dachs, Beleuchtung und Elektroarbeiten, Aufbauten wie z.B. Pausenraum für die wupsi GmbH) im November des letzten Jahres wurden nur drei Angebote eingereicht. Hiervon waren zwei Angebote nicht vollständig und konnte nicht zugelassen werden. Das dritte Angebot war nicht wirtschaftlich und daher nicht annehmbar. Die Ausschreibung wurde infolgedessen am 19.12.2017 aufgehoben.

Grundsätzlich wird die angespannte Lage am Markt durch die sehr gute Auftragslage der Firmen für das Submissionsergebnis verantwortlich gemacht. Dies ist auch bei anderen Ausschreibungen der Stadt und der TBL zurzeit feststellbar.

Es wurde nunmehr entschieden, eine inhaltlich gleiche Ausschreibung europaweit auf den Markt zu bringen, jedoch in mehreren getrennten Losen. Hierdurch ist zwar ein höherer Koordinationsaufwand durch die TBL und die Stadt zu erwarten, jedoch wird auch davon ausgegangen, dass mehr Firmen an der Ausschreibung teilnehmen werden. Eine Vergabe der beiden europaweit auszuschreibenden Hauptlose - Los 1: Dachgründung, Stahlkonstruktion und Membran, - Los 2: Beleuchtung und Elektroarbeiten, ist nach dem aktualisierten Zeitplan für April 2018 geplant. Durch die erneute Ausschreibung wird es zu einer Zeitverzögerung von ca. drei Monaten kommen. Die Fertigstellung des Gesamtprojektes ist für Juni 2019 avisiert.

- Vergabe des Mobilitätskonzeptes –

Mitte Dezember wurde das „Mobilitätskonzept für Leverkusen“ an das Büro Planersocietät aus Dortmund vergeben. Das Büro hat bereits zahlreiche Mobilitätskonzepte sowie Verkehrsentwicklungspläne bundesweit bearbeitet und hatte die Haushaltsbefragung zum Modal Split in 2016 für Leverkusen durchgeführt.

Begleitet wird das Verkehrsplanungsbüro Planersocietät bei dem Auftrag von dem Hamburger Büro TOLLERORT – entwickeln & beteiligen, die ihre Ar-

beitsschwerpunkte in der Gestaltung und Moderation von Bürgerbeteiligungen und kooperativen Planungsprozessen haben.

Zunächst wird eine eingehende Grundlagenermittlung und Ist-Analyse aller Verkehrsarten in Leverkusen durchgeführt. Daran anschließend erfolgen die Entwicklung unterschiedlicher Perspektiven zum Thema „Leverkusen 2030+“ sowie die Erstellung eines Leverkusener Leitbildes zur Verkehrswende. In Absprache mit den Büros konnte hierbei das Arbeitsprogramm gestrafft und die geplante Bearbeitungszeit von 30 auf 24 Monaten reduziert werden.

Durch neue Dialogformate sollen im Gesamtprozess breite Teile der Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden. Hierzu sind neben den klassischen öffentlichen Veranstaltungen wie Foren und Workshops auch Planungsradtouren, Aktionstage und Online-Plattformen geplant.

Eine Vorstellung der Büros und des Auftrages wird im interfraktionellen Arbeitskreis voraussichtlich im März/April 2018 erfolgen.

- Förderung der E-Mobilität –

Mit Ratsbeschluss vom 03.04.2017 zum Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus zur E-Mobilität (Nr. 2017/1481), hat die Verwaltung einen Runden Tisch zur Elektromobilität eingerichtet. Um den Bürgerinnen und Bürgern die Kaufentscheidung für ein Elektrofahrzeug leichter zu machen, wurde zunächst das Thema öffentliche E-Ladesäulen in den ersten beiden Sitzungen behandelt.

Hierzu gibt es nunmehr folgenden Sachstand:


Neben den bereits vorhandenen Ladesäulen für Elektrofahrzeuge (Kaiser-Wilhelm-Allee 101, Am Büchelter Hof, Parkhaus City Center (Friedrich-Ebert-Straße) und dem Parkhaus der GBO in Opladen, plant die Verwaltung weitere Standorte auf öffentlichen und halböffentlichen Flächen. Hierzu wurde verwaltungsintern eine Liste mit unterschiedlichen Standorten auf Parkplätzen, P&R-Anlagen, etc. erarbeitet und mit Prioritäten versehen. Zurzeit läuft die Vorabstimmung mit der EVL, welche Standorte kostengünstig an das Niederspannungsnetz angeschlossen werden können.

Diese im Rahmen des Luftreinhalteplans und des Klimaschutzkonzeptes vorgesehene Ladeinfrastruktur soll im Anschluss mit Mitteln des Bundes aus dem Sonderprogramm „Saubere Luft 2017-2020“ gefördert werden. Ergänzt wird das Netz an Ladesäulen durch Maßnahmen städtischer Töchter wie die EVL, AVEA, WGL und anderer privater Investoren.

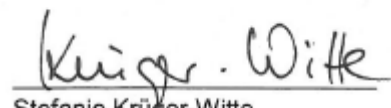
Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 11/2017)

Es werden keine Zusatzanfragen gestellt.

Rh. Ippolito (SPD) schließt die Sitzung gegen 18:15 Uhr.



Rh. Ippolito
Vorsitzender des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Bauen und Planen



Stefanie Krüger-Witte
Schriftführerin